

Giebeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthältigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 114.

Mit der illustrierten Sonntagsvorlage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 414.)

Der „Giebeler Volksbote“ (der mit einem kleinen Aufdruck am Ende und Zeitungen) ist den Samstag bis folgenden Tag ab 11 Uhr bis 12 Uhr im Verkauf, um 12 Uhr zu Post zu versenden. Preis vierteljährlich Mr. 1,00. Monatlich 50 Pf. Postzettelung unter Nr. 10824. E. Stöckel.

Die „Angstausgebürt“ kostet die viergepolten Zeitzeile über deren Numm. 15 bis 16 für Bekanntnisse, Arbeit, und Wohnungsbauwerken nur 10 Pf., auswärtige Ausgaben 20 Pf. Preise für die nächste Nummer müssen bis 11 Uhr Mitternacht in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Sonnabend, den 10. Juni 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Vorlage.

Die Kanalvorlage und die politische Lage.

Wp. Bekanntlich war die Regierung vor den letzten Reichstagswahlen eifrig bemüht, ein neues Kartell zusammenzukommen. Herr Miquel blies die Sammlungsschulmei: „Man sollte sammeln alle diesen Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, welche an Stelle des Kampfes der Interessen gegen einander den friedlichen Ausgleich derselben erstreben.“ Das heißt: Im Namen des alten seßhaften Preises sollten die Schloßbarone und die Kaufleute, die Haftliche der Großindustrie und die zünftlerischen Reuterer, die Großgrundbesitzer und die Bauern ihren Frieden schließen, vereint gegen das Proletariat zu Felde ziehen. Der Plan war nicht übel, und auch die Form, in der er durchgesetzt werden sollte, erfreute durch ihre einfache Klarheit: keine ideologischen Verhüten, keine pathetischen Phrasen, klar und mit die realistische Lösung „im Namen des Preises“. Mietensänger-Miquel hatte jedoch die Wirkung seiner Flügelwörter überschätzt: im Hause gegen das Proletariat ist freilich der gesamte staatzerhaltende Kämpfer einig, aber es erwies sich bei dieser Gelegenheit abermal, daß im Übrigen die Interessen der einzelnen Gruppen diametral entgegengesetzt sind, daß bei dem „Kampf um den Platz am Futtertrog“ ein Ausgleich unmöglich ist. So ging denn die Sammlung in die Urtheile noch vor der Wahl, und Herr Miquel hatte Mühe, die Scherben zu sammeln.

Eine Episode des Sammlungsrummels verdient in Gedächtniß gern zu werden. — Die Vorbereitung zur Sammlerei wurde in dem sonnen „zollpolitischen Rath“ besorgt. Vor die Öffentlichkeit zu treten wagte man im Reichstage nicht, obgleich hier, da es sich ja um die Reichstagswahl handelte, der richtige Weg gewesen wäre; man zog es vor, die Sache im Hinterblick des preußischen Dreiklassen-Landtages zu bemausheln. Natürlich mußte hier die Gelegenheit bei den Haaren herbeigezogen werden. Es war am 4. März 1898; zur Berathung stand eine Petition betreffend die Erwerbung eines Flachsfestverschaffens auf Staatskosten. Wie sollte man da auf die Sammlung kommen? Ein Nationalliberaler, Herr Möller, fand das Mittel in geradezu genialer Weise: Der Flachsban, meinte er, sei ein recht nützliches und gottgefälliges Geschäft, aber es rentiere nicht mehr, wenn die Ökonomie ein gewisses Niveau überschreiten. Damit war der gemeinsame Boden gefunden und das Schachern konnte beginnen: Laurahütten-Karborff und Kaniß, der Vater des „gemeingefährlichen“ Getreidemonopolgedankens erklärten sich zu Allem bereit, wenn man ihnen die Garantie für die Erhöhung der Getreidezölle gebe. Möller versicherte, man würde darüber schon einig werden und Herr Miquel nickte ihm und den Agrariern verständnisinnig zu. — Das war der erste Erfolg der Sammlungspolitik.

Ein Jahr ist seither vergangen und wir sehen in demselben preußischen Landtage die „Parteien und wirtschaftlichen Gruppen“ in wütender Feinde sich gegenüberstehen und von einem „friedlichen Ausgleich“ ist nicht mehr die Rede. Allerdings ist er auch eine höchst wichtige Frage, die dem Bruderstreit zu Grunde liegt, eine Profitfrage, bei der die Gemüthslichkeit aufhört. — Die Großindustriellen brauchen den Mittelstandkanal. Der wirtschaftliche Aufschwung ist bei rheinischen Industrie, weil sie Großindustrie ist, im ausgedehntesten Maße zu Gute gekommen; die Entwicklung ist so gewaltig, daß die Verkehrswege nicht mehr ausreichen. Aber gegen diese neuen Verkehrswege haben die ostelbischen Großgrundbesitzer einen Einwand erhoben: Sie behaupten, der Kanal würde ein „Einfallsloch für fremdes Getreide eröffnen“. Das ist zunächst Unsinn, denn die Frachtermäßigung, die den Getreideimporten zu Gute kommt, ist so gering, daß sie nicht gerade bedeutend ins Gewicht fällt, und außerdem ist der Kanalbau ebenso günstig für die Ostelbier, weil er einen billigen Transportweg vom Osten nach dem Westen für Getreide schafft, also demselben Zwecke dient, zu dem auf Betreiben derselben ostelbischen Großgrundbesitzer die Staffeltarife eingeführt wurden. Über es kommt für die Junker auch wenig auf die Gründe an: sie haben einfach die Kanalfrage zu einer

Machfrage erhoben. Mit herzerweckendem Chauvinismus erklärte das Agrarierblatt, die „Deutsche Tageszeitung“: Warten wir noch fünf Jahre! Haben wir nachher einen wirklich unbedeckenden Vollschutz, haben wir keine zinsfreien Zollkredite, keine gemischten Transföderen mehr, ist die Zollfußvergütung bei der Mehlauflösung vernünftig geregelt, ist beim Arbeitermangel in der Landwirtschaft etwas abgeschlossen, — dann wollen wir mit uns reden lassen. Mit anderen Worten: „Wir bewilligen, wenn die Regierung allen unseren Plänen in Bezug auf die Brotverteilung und die Rente unserer Helfer, der Landarbeiter, nachkommt.“

Die Regierung nun, und mit ihr die Schlotbaronie, haben ja auch prinzipiell gegen die Brotverteilung wenig einzubringen, aber sie können sich eben nicht binden. Heute weniger denn je. Der wirtschaftliche Aufschwung ist bedingt durch den Außenhandel. Es muss die Position auf dem Weltmarkt behauptet werden und sie ist nicht zu behaupten, wenn Deutschland davon denken wollte, die Getreidezölle zu erhöhen. Russland, Belg. Staaten, Südamerika als Betriebsproduzenten, England als Vermittler auf dem Getreideweltmarkt würden zweifellos Repressivmaßnahmen ergreifen und das darf die industrielle Bourgeoisie um keinen Preis annehmen, darf sie besonders jetzt nicht zugeben. Derseine wirtschaftliche Aufschwung, der zur Erweiterung der Verkehrswege in Deutschland drängt, er macht sich noch in weit bedeutenderem Maße geltend drüber in Amerika, in Russland, in den Kolonialländern. Bisher, zur Zeit der Krise, haben die deutschen Kaufleute und Unternehmer den Engländern auf dem Weltmarkt mit Erfolg Absatzgebiete streitig gemacht, jetzt führt der Aufschwung neue Konkurrenten auf den Markt, vor Allem die Amerikaner, und in Russland zieht sich das deutsche Kapital selbst Konkurrenten für dessen Markt auf. Der Zollkrieg, den die Agrarier herbeisehnen, würde verhängnisvoll für die Industrie und den Handel werden.

Deshalb gibt es keinen „Ausgleich“, und deshalb die Halbstärke der Ostelbier, die denn auch die Kanalvorlage in der Kommission zu Halle gebracht haben.

Das Interessanteste ist aber, wie dieser Interessenkontrakt geführt wird. — Der Mittelstand-Kanal ist durchaus keine spezifische preußische Angelegenheit, denn die mitteldeutschen Staaten sind weit stärker interessiert an dem Zustandekommen des Projektes wie Pommern oder Schlesien, trotzdem liegt die Entscheidung in den Händen des preußischen Dreiklassen-Landtages und damit in den Händen der preußischen Junker. Ein Beispiel, wie sich die Unterlassungsfünden der deutschen Bourgeoisie, die vor 50 Jahren ihrer Aufgabe nicht gewachsen war, an ihr rächen. Des Weiteren ist es ein törichtes Schauspiel, zu sehen, wie das deutsche liberale Bürgerthum in ohnmächtiger Wuth schäumt, ob der konsequenter Interessenpolitik der Junker und ihrer Helfer. Die „Liberalen“ werfen die Frage auf, ob die Regierung die Kraft haben wird, eine Pression auf die vielen Landräthe und andere Beamte, die im Landtage sitzen, auszuüben, damit diese Beamten, welche zum größten Theil den Konserватiven angehören, für die Regierungsvorlage stimmen. Ein

Liberalismus, der sich nur dadurch zu helfen weiß, daß er nach derartigen antiparlamentarischen Mitteln ruft, ist in der That ein urkomisches Gebilde. Und doch sind in Preußen tatsächlich die industriellen Interessen heute ausschlaggebend. Es hat eben die Bourgeoisie den giftigen Spott der „Kreuzzeitung“ und anderer Junferblätter vollaus verdient — nur der politischen Rückständigkeit dieser Bourgeoisie verdankt der Dreiklassen-Landtag sein Leben. Und schließlich die Regierung: Sie ist sich bewußt, daß sie in Wirklichkeit heute nicht anders kann, als die Interessen der Industrie zu vertreten, die Entwicklung zwingt sie dazu, aber sie ist ohnmächtig gegen die Junkerklique, auf welche sie sich bei allen ihren reaktionären Plänen stützt.

Sie hat ihren äußersten Trumpf ausgespielt — das militärische Interesse am Kanal. Da die Konservativen stets und immer für den Militarismus eingetreten sind, da ihre Führer stets die Opposition gegen den Militarismus als Verrath an den höchsten Interessen hingestellt haben, so bliebe ihnen allerdings nichts anderes übrig, als über den Stock zu springen, sobald der Kriegsminister erklärt, der Kanal sei nothwendig, um im Kriegsfall die Eisenbahnen für den Transport der Truppen freihalten zu können. Aber es ist stark, wenn man den Auguren zumutet, ihre Sprüche ernst zu nehmen. Die Konser-

vativen wissen am allerbesten, wie das Wort von den „heiligsten Interessen“ und von der „Vaterlandesverteidigung“ aufzufassen ist, weil sie selbst damit beständig die Domänen über den Lößel haben, und es ist ganz in der Ordnung, wenn aus der agrarisch-konservativen Presse die Antwort ganz im Tone des famosen Hirtuswortes „Kein König, keine Königin“ zurückschlägt. — Es scheint also ziemlich sicher, daß die Kanalvorlage für die sich der Kaiser selbst engagiert hat, die in der That volle Berechtigung hat, und an welcher die Großindustrie hervorragend interessiert ist, von den Ostelbieren zu Folle gebracht wird. Der ganze Vorhang ist aber geeignet, die Verzerrung der positiven Zustände Deutschlands aufzutragen. — Der Zusammenspiel gegenseitigen Interessen wird noch viel schärfer werden, wenn es zur Entscheidung über die Handelspolitik kommt. Der Ausgang wird dann wahrscheinlich anders sein, weil sie eben im Reichstag erfolgen wird, wo die Machtpositionen klarer zum Ausdruck kommen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Giebeler Volksbotes“.)

Berlin, den 8. Juni 1899.

Aus dem Reichstage. Die Verathung des Invaliditätsgegesches schritt heute bis zum § 130 a vor. Die Verhandlungen boten das alte Bild: unsere Verbesserungsvorschläge wurden überall abgelehnt, nur beim § 74 fand unser Amendement, das die Frist der Zustellung von Entscheidungen über Rentenanträcke auf drei Wochen beschränkte, Annahme. Am bedauerlichsten war die Ablehnung des in der Kommission eingefügten § 130 a, der den Versicherungsanstalten unter Kontrolle des Reichsversicherungsamtes das Recht giebt, Schutzvorschriften zur Verhütung der Invalidität zu erlassen. Die Majorität in der Kommission war zu Stande gekommen, weil außer dem Zentrum und dem Einlaufen Röhrde auch freisinnige Kommissionsmitglieder für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hatten. Damit haben sie sich den Vorn des Parteipapstes Richter zugezogen, der in diesem Paragraphen wieder einmal den Einbruch des sozialistischen Zukunftsstaates in die privatkapitalistische Produktion witterte. Er und Herr Hirschbeck, der ganz in den Fußstapfen Stumm's und des Centralverbandes in seinen Ausführungen über das Herrscherrecht der Unternehmer wandelte, waren die unbefriedeten Führer der sozialreformären Mehrheit, die gegen den Paragraphen Sturm lief, und ihn unter Auffassung des Grafen Bojadowsky zu Fall brachten. Singer und Molkenbuhr sprachen von unserer Seite zu der bedeutsamen Frage, aber gegen den Herrn Richter kämpfen in solchen Dingen Götter selbst vergebens.

Morgen wird die zweite Lesung des Invaliditätsgegesches zu Ende gehen.

88. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Pojadowsky.

Die zweite Verathung des Invaliditätsgegesches wird bei § 67 fortgesetzt.

Einige sozialdemokratische Anträge werden nach kurzen Bemerkungen Stadthagen's und Woedtke's abgelehnt und die Kommissionsabschlüsse unverändert bis § 73 angenommen.

Zu § 75 (die Schiedsgerichte betreffend) beantragt Stadthagen den Zusatz: „Die Entscheidungen des Schiedsgerichts erfolgen nach Stimmenmehrheit und sind binnen 3 Wochen nach Verkündigung den Parteien zugestellt.“

Geheimrat Kauffmann hat nichts gegen den zweiten Antrag, bittet aber um Ablehnung des ersten.

Lenzmann (FDP) wünscht die Grundsätze der Civilprozeßordnung auch auf die Schiedsgerichte angewandt.

Trimborn (C) hält den Antrag für bedenklich.

Stadthagen (SD) tritt auf's Neue für die Selbständigkeit ein. Die Arbeiter werden nicht, wenigstens nicht in irgendwie erheblicher Anzahl, zu unlauteren Elementen ihre Zuflucht nehmen, sondern sich durch Leute ihres Vertrauens, wie Gewerkschaftsführer und Arbeiterssekretäre, vertreten lassen. Nach dem Fall Schmidt heißt es für uns: gebrautes Kind scheut das Feuer. Lebzig kann dasselbe Vertretern katholischer Gesellenvereine passieren, die man vielleicht auch zurückweisen wird, weil sie die Vertretung ihrer Kameraden „gewerksmäßig“ betreiben. Die unlauberen Elemente herauszulehnen und abzuschütten, trage ich allen organisierten Arbeitern, ob Sozialdemokraten oder nicht, zu. Ich bitte Sie im Interesse des Vertrauens der Arbeiter zu den Versicherungsgegeschenen unserren Antrag anzunehmen.

Trimborn (C) hält seine früheren Ausführungen an.

Stadthagen (SD) sieht den Fall Schmidt richtig. Wenn man das Prinzip des Antrags billige, während man die Form missbillige, so kann man ja in bitterer Lesung die Fassung ändern.

§ 74 wird unter Ablehnung des ersten und Annahme des zweiten sozialdemokratischen Amendements angenommen.

Die folgenden Paragraphen gelangen debattelos zur Annahme.
Bei § 87 (Rückzahlung der Renten) beantragt Abg. Graf
Bertuch & Co. Neigen (Weise) die Annahme einer Resolution,
durch welche der Reichstag erachtet werden soll, ein vereinfach-
tes Verfahren einzuführen.

Geheimrat von Woedtke steht der Anregung sympathisch
gegenüber, hält die Soche aber noch nicht für spruchreif.

Die Resolution wird angenommen, ebenso die §§ 88—101.

S 102 handelt von den Quittungskarten. Die selben sollen
Raum zur Ausnahme von Marken für mindestens 52 Beitrags-
wochen bieten.

Die Sozialdemokraten beantragen, Raum für 53 Beitrags-
wochen zu lassen. Die Partei soll bis mit der Bezeichnung der
Kontrollwoche verbleiben und erhalten.

Mollenbühr (SD): Bei der jetzigen Einrichtung ist eine
willame Kontrolle der regelmäßigen Beitragszahlung ganz unmög-
lich, da kein Mensch das bestimmen kann, für welche Zeitperiode die
gelebten Marken gelten. Nach unserem Vorschlag kann man aber
selbst nach Jahren feststellen, ob in einer bestimmten Zeit die Be-
träge entrichtet worden sind. Einmal verfügte verfügte Beiträge können
dann noch nachträglich eingezogen werden. Jeder hätte eine Karte
mit Wochendaten den Vorstell, daß die Gewerbeaufsichtungen
sollte erbrachten werden können. Vor allen Dingen ist aber auch
eine gewisse Kontrolle darüber nötig, wie weit vielleicht die Selbst-
versterten in regelmäßiger Beitragszahlung gehen. Nur, die Da-
tumart hat so viele Vorsorge, daß die geringen Nachholze nicht
ins Gewicht fallen.

Direktor im Reichsversicherungsamt Dr. Woedtke erklärt die
Bereitwilligkeit der Regierung zu einer Änderung der Quittung-
karten nach Erledigung dieses Gesetzes. Der Antrag der Sozial-
demokraten sei aber praktisch unführbar.

S 103 die (vollständig) ist ebenfalls im Prinzip mit dem Antrag
einverstanden, glaubt aber nicht, daß der vorgeschlagene Weg gang-
bar sei.

Mollenbühr (SD): Als die gegenwärtig im Gebrauch
befindlichen Karten eingesetzt wurden, war es sehr schwer, die Leute
an ein so vorstelliges System zu gewöhnen. Niemand konnte es
verstehen, weshalb die Marken alle nacheinander gelöst werden
sollten, so daß diese in der Arbeit gar nicht zu benutzen waren. Den gegenwärtigen bedient unser Vorschlag Datenarten einzuführen,
eine große Verbesserung.

v. Löbbeck (R) sieht dem Antrage an sich sympathisch
gegenüber, hält ihn jedoch in der vorliegenden Fassung für un-
annehbar.

S 103 wird darauf unter Ablehnung des sozial-
demokratischen Antrages angenommen.

Die folgenden Paragraphen gelangen debattelos zur Annahme.
Bei § 111, der von der Entrichtung der Beiträge durch die Ver-
sicherten handelt und den Anspruch der Versicherten gegen den
Arbeitgeber auf Erfüllung der Hälfte des Vertrages nur bis zur
nächsten Lohnzahlung gelte, beantragen die Sozialdemokraten,
legtere Beschränkung ganz fallen zu lassen, eventuell den Anspruch
innerhalb der durch § 106 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmten
Verjährungsfrist gelten zu lassen.

Mollenbühr (SD) begründet den Antrag damit, daß die
Arbeitnehmer sich nicht gerne wegen kleiner Beträge mahnern lassen
und die Arbeiter so oft ihren Anspruch verlieren.

Geheimrat Dr. Krausmann meint, wenn der Arbeiter
von der Fristigkeit, den Arbeitgeber zu mahnen, keinen Gebrauch
mache, müsse er die Konsequenzen tragen.

Der Antrag wird abgelehnt, S 111 in der Kom-
missionsfassung angenommen.

Die folgenden Paragraphen bis insclusive § 121 werden debat-
telos erledigt.

Im S 122, der die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen
Versicherungsgesellschaften, Versicherten oder Arbeitern regelt, wird nach
kurzer Debatte ein Entgegentrag Lehr (ML) angenommen, durch
welchen Streitigkeiten, deren Entscheidung von grundsätzlicher Be-
deutung erscheint, dem Reichsversicherungsamt zur Entscheidung
überlassen werden.

S 123 wird angenommen.

S 124 steht fest, daß Streitigkeiten wegen der Beläge von der
unteren Verwaltungshierarchie bzw. von dem Vorstehenden der
Klientelle entschieden werden sollen.

Stadttagen (SD) beantragt, daß sie vor den Gewerbe-
gerichten entschieden werden sollen, da sie meistens mit Lohn-
streitigkeiten verbunden sind.

S 124 wird, unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags,
angenommen, ebenso die folgenden bis S 127 incl.

S 128 steht fest, daß Verhängungen der Quittungskarten durch
die die Kontrolle ausübenden Organe erfolgen sollen.

Stadttagen (SD) beantragt, daß dieselbe Bestimmung
auch für die Erneuerung der Quittungskarten gelten solle.

S 128 wird, unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags,
angenommen.

Bei S 129, welcher die Vermögensverwaltung behandelt,
wünscht

von Salisch (R), daß die Kosten der Gelber zum Bau von
Arbeiterwohnungen hergeben sollen.

Hize (C) fordert ihn.

Die §§ 129 und 130 werden angenommen.

Die §§ 130a—130e sind von der Kommission neu eingesetzt

und behandeln die Schuhvorschriften.

Fischbeck (FDP) beantragt Streichung dieses Paragraphen.

Die Einführung von Schuhvorschriften sei unvereinbar mit dem

gesamten Gesetze.

Singer (SD) bittet dringend um Annahme dieser Be-
stimmungen. Wie Herr Fischbeck mit seiner Auffassung in dem

internationalen Comitee für Arbeiterwohnungen kam, ist mir un-
bekannt. (Sehr gut!) Die Verweigerung von Schuhvorschriften für
Leben und Gesundheit der Arbeiter steht doch im Widerspruch zu

den elementarsten Forbitten jedes Arbeiterschages überhaupt.
Die Gründe des Herrn Fischbeck führen in ihrer Konsequenz zur

Proklamation des Grundsatzes: die Unternehmersklasse darf unheim-
lich schnell die Gesundheit der Arbeiter ruinieren, ohne daß die
Gesetzgebung das Recht hat, etwas dagegen zu thun. Bezeichnend ist, daß

H. Fischbeck da mit den Rechten zusammengesetzt. Die Herren der Rechten
verlangen mit großer Verfehlung stets Schuhmaßregeln für die Gesund-
heit des Reichs; zu Schuhmaßregeln für Menschen können sie sich
nicht ausschwingen. Herr Fischbeck ist auch besonders anfällig

dortüber, daß wir nicht auch für Strafbestimmungen für Arbeiter,
die den Vorschriften der Invalidenversicherung nicht nachkommen,
Sorge getragen haben. Wir hatten eben das volle Vertrauen zu

den Freunden des Herrn Fischbeck, daß sie das schon nachholen
werden. (Sehr gut!) Herr Fischbeck vergibt in seinem Eifer gegen

Schuhvorschriften gänzlich, daß es sich nicht um Bestimmungen von
der Art handelt, die er so fürchtet. Wir wünschen die Kontrolle

von Werkstätten und Betrieben, deren Notwendigkeit gar keinen
Zweifel unterliegen kann: Osenfabriken, Räume, wo Metalle gebeizt

werden, solche, in denen giftige Gase austreten, rechnen wir zu

dieser Kategorie: In der Presse hat sich eine eisige Agitation
gegen die Schuhbestimmungen geregt; voran natürlich die Schwar-
macherpresse, von der "Bor", wie immer, angeführt. Dem
Proteste haben sich die Unternehmer-Verbände angegeschlossen: zu
derselben Zeit, da der Tuberkulose-Kongress sich abmühte, Heilmittel
gegen die heimliche Krankheit zu finden, machten die Unternehmer-
Verbände Front gegen den Kongress, Organe zu schaffen, welche die
auf jenem Kongress aufgestellten Grundsätze in's Haus einzuführen
sollten! Besonders ausgezeichnet hat sich der Verband Berliner
Metallindustrieller; er hat sich in ausdrücklichen Gegensatz zu den
Beschlüssen des Tuberkulose-Kongresses gestellt; er scheint zu glauben:
die beste Bekämpfung der Lungenschwindsucht liegt darin, daß die
Arbeiter so abgehebelt werden, daß sie möglichst schnell zu Grunde
gehen und dann mit ihnen natürlich auch ihre Lungenschwindsucht.

(Geht richtig! bei den Soz. Unruhe.) Herr Fischbeck tut so, als

ob wie so ganz etwas Neues und außerordentliches fordern. Wie

wenig das der Fall ist, sollte gerade ihm klar sein, der ganz besonders

von dem Werthe der Vorlesungen durchdrungen ist, die von den

Gewerbeausschäften erlassen werden. Herr Fischbeck geht sich

der dästeren Weltstellung hin, daß durch die Schuhvorschriften die

Unternehmungen ruhrt und so die Herne geschlachtet wird, welche

die goldenen Eier legt. Aber nehmen wir einmal an, eine Ver-

sicherungsanstalt unter Leitung etwa eines Mannes vom Schlag

des Abg. Mörsche — ich meine natürlich den Abg. Mörsche —

Dessau — wollte solche „ruhrenden“ Vorlesungen einführen —

sehen Sie sicher der Bundesrat läßt sie nicht durch. Zeitungs-

nachrichten weisen, man beschlägt, Betriebe, die schon irgend

einer Inspektion — etwa von Seiten der Gewerbeausschäften —

unterliegen, von der Gewerbeaufsicht an bestreiten. Geheimrat von

Woedtke schlägt mit dem Kopfe, aber ich möchte gerne etwas Ge-

nauereres erläutern. Der sozialpolitische Kurs der Regierung von

1890 ist ein anderer als der der Regierung von 1890. Vorher

größere Krankenfond hat der Reichstag, für Ausdehnung der

Schuhvorschriften einzutreten. Im Grunde liegen die Schuhvor-

schriften im Interesse des Unternehmers selbst; aber die

Herren wollen aus der Sache wieder einmal eine Machtklage

machen; sie wollen, um ihren Fleißaufwand zu gebrauchen,

herren im eigenen Hause bleiben. Um so mehr sollten die Bar-

taten im Hause, die sich nicht zu Vertretern der einheitlichen Unter-

nehmerinteressen machen wollen, bereit sein, das gute anzun-

nehmen, das wir mit unserem Antrag bieten. (Bravo! bei den

Sozialdemokraten.)

Geheimrat Dr. Posadowitz: Die Regierung hat

gewußt die Absicht, dasselbe zu erreichen, was diese Vorlesungen

wollten, eine andere Frage aber ist, ob diese Vorlesungen auch prak-

tisch sind. Es bestehen bereits eine große Menge Sozialbestim-

menungen in dieser Richtung und es ist nicht gut, diese um eine neue zu verneinen. Der berichtigte Haushalt ist alle die Nebel ist bei

Gewerbeaussichtsbediene. Leider ist dieser Haushalt so überlaufen,

dass eine ganze Reihe seiner Patienten ihn das ganze Jahr nicht

zu sehen bekommen (Sehr richtig! b. d. Soz.) und deshalb empfiehlt

ich Ihnen, in den Einzelanlagen Ihren Haushalt dahin gehend zu

machen, daß die Zahl der Gewerbeaussichtsbediene vermehrt wird.

(Sehr richtig! rechts.) Leider würde es durch diese Veränderung

auch leicht dahin kommen, daß in einzelnen Branche die Industrie

unter schwereren Produktionsbedingungen arbeitet, wie die konku-

rrente in anderen Bezirken und das wäre schwerer Unzufrieden-

heit erzeugen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte Sie deshalb hinzu-

end, den Weg zu gehen, den ich angebietet habe. (Vorfall rechts.)

Gamp (FDP): Diese Bestimmung geht viel zu weit. Wir

haben ja schon zu meinem Bedauern dem Bundesrat die Genehmigung

erteilt, für gesundheitsgefährliche Betriebe Ausnahmestim-

menungen zu treffen. Damit ist es aber genug und es bedarf

keiner neuen Kontrollvorschriften. Wie glücklich die Verhältnisse am

Land liegen, beweist die Langsamkeit der ländlichen Be-

völkerung, beweisen unsere vielen Altersrenten. Ich bitte Sie,

diese Anträge abzulehnen. (Vorfall rechts.)

Mitterer (FDP): Der Abg. Singer wird aus Mangel an

sozialen Empfinden vor. Ja, wo war denn 1889 Ihr soziales

Empfinden, als die Regierung eine ähnliche Bestimmung beim Inva-

litionsgesetz vorschlug und die Kommission sie einstimmig ablehnte? (Kritik bei den Sozialdemokraten.) Auch im Plenum haben Sie

damals nicht die Wiederherstellung der Regierungsvorlage verlangt.

Alles was heute gefragt wurde über die Bekämpfung der Tuberku-

lose z. T. kann gefragt werden für den größeren Gebrauch des § 120 u

der Gewerbe-Ordnung, aber hierher gehört es nicht. (Sehr gut!

bei den Freiheiten.) Das sind nicht die besten Arzte, welche die

meisten Regelungen verschreiben. (Sehr gut! bei den Freiheiten.)

Wir sind nicht verpflichtet, unter dem Titel Arbeiterfreimäßigheit

alles einzunehmen. Wir wollen doch nicht verspielen dass uns eine

tiefe Kluft zwischen Ihnen (zu den Sozialdemokraten) trennt.

Wir wollen die Verantwortlichkeit der Privatbetriebe, wir wollen die

Private betriebe erhalten wollen, weil sonst das ganze Wirtschaftsleben

verkümmern würde. Wir wollen nicht auf der schlechten Ebene

dieser Bestimmungen zum Sozialismus hinabgleiten. Der ganze

Begriff der Weibzlunalpolitik liegt in diesem Antrage. Sie wollen

die gesamte Weibzlunalpolitik auf das Reichsversicherungsamt und

die Versicherungsaufgaben übertragen. Da erlauben Sie doch lieber

die Vorschrift: das Reichsversicherungsamt ist das eigentliche Hilfsmittel!

Während das Reichsversicherungsamt nur eine begrenzte

Wohlfahrtspolitik hat, müssen Sie dem Reichsversicherungsamt

die Kontrolle über das Reichsversicherungsamt übertragen. Es

ist bestimmt, daß die Gewerbeaussichtsbediene

ihre bestimmt, daß die Gewerbeaussichtsbediene

sprechen nicht hält, ist ein Schuft und muß bestraft werden.

Gebet. Von den Menschen, die uns im Deutschen hindern sind, beschütze und behüte uns, o Gott, wie hilft Dich. Sie schaden uns im indischen Leben und werden uns in der Noth keinen Pfannig geben. Wir aber wollen Heil des Deutschen lehren und auf unsere Feinde hat nicht hören.

Die Erfolge dieser Methode werden gewiß nicht ausbleiben.

kleine politische Nachrichten. Die Budgetkommision des Reichstages bericht Donnerstag den Nachtrag-Etat und bewilligte die erste Rate von 200 000 M. für die deutsche Südexpedition, sowie die Nachförderung von 150 000 Mark für die Verbesserung Deutschlands an der Westausfertigung zu Paris. Die Kommission genehmigte seiner 120 000 Mark für die elektrische Lichtstation des Reichstagshauses, 20 000 Mark für die deutsch-germanische Altertumsschau beim Archäologischen Institut unter Abteilung der geplanten Sonderausstellung solcher Ausstellungen. Abgelehnt wurden 160 000 M. als 1. Rate für den Bau des Generalquartiers des III. Armeekorps in Berlin; ferner Entwurf wurden 15 000 M. bewilligt. Der Sozialstaatstag lehnte den Antrag, die Ordenslooten zu streichen, mit nur einer Stimme abgelehnt ab. Der Deutsches Wahlrechtstag, der Mittwoch in Dresden zusammengestellt, nahm mit einer ziemlich starken Begründung einstimmt folgenden Antrag an: der gesetzgebende Ausschuß wird beantragt, beim Kriegsministerium dahin vorzuschlagen, daß die Vergabe der Söle für Wahlveranstaltungen, gleichzeitig an welche politische Partei, nach dem Ausgang von militärischen Vorfällen gewahrt werde. Sultan Abdülhamid soll bedenklich erkannt sein.

Bei der Verhandlung des Ausschusserichts über die Vorlage bezüglich der Verwaltung von London nahm das Unternehmen mit 198 gegen 161 Stimmen einen Antrag vorne an, der syrische Wahlbarkeit zu Grundsatzratzen oder Bildern verleiht. Der spanische Minister nahm den Entwurf des mit Deutschland abgeschlossenen Vertrages betreffend die Abtragung der Karolinen, Palau- und Marianeninseln zu Kenntnis. Der Präsident Silvelo teilte mit, er werde einem Ausdrucke der Presse die telegraphischen Berichte der Behörden von Barcelona bestmöglich der Revision des Prozesses der in Montjuich inhaftierten Anarchisten zugehen lassen. Zum Zweck der Freilassung der spanischen Gefangenen auf den Philippinen sind neue Verhandlungen eingetreten worden. In Rom sind Nachrichten aus Peru eingetroffen, wonach dort die Indianer und Spanier gründlich wüteten. Vom Mann stieß, überfielen die Städte und Dörfer und mehren die Bewohner unter grauenhaften Blättern nieder.

Frankreich.

Pascher Alsterlei. Graf Châtillon, einer der Novices von Autun, erschien bereits am nächsten Dienstag vor der Strafkammer wegen thätzlichen Vergnügs gegen einen Staatsbeamten in Aussicht seines Platzes. Der Rest der Angeschuldigten soll vor das gewöhnliche Polizeigericht kommen. — Der Minister er rath beschloß, daß „Journal du Peuple“ gerichtlich zu verfolgen wegen eines gestern in demselben erschienenen Artikels, welcher die Soldaten zum Ungehorsam aufruft. — Der Generalsrat nahm einstimmig eine Togedordnung an, worin gegen die Vorgänge in Autun Protest erhoben und Vertrauen zu dem Präsidenten Voulet ausgesprochen wird. — Der „Figaro“ veröffentlicht ein Hassblatt der eigenhändigen Erklärung Estéhazys, worin dieser bestätigt, das Vorderan geschrieben zu haben. — Die Plaies einiger Ortschaften der Départements Seine und Loire leisteten sich das Vergnügen, daß sie sich dem Anschlag des Revisionsurtheils widersezt. „Libre Parole“ kündigt eine Untersuchung gegen Leon und Mathieu Dreyfus in einer Gelegenheit des Obersten Cordier an. Es handelt sich um eine Ehrenkränkung. — Dem „Journal“ zufolge ist im Justizpalast nachdrücklich von einer Verfolgung Beaurepaire's die Rede. Die Regierung soll beabsichtigen, vor dem Ordensrathe der Ehrenlegion wegen Bekleidung des Präsidenten Voulet Klage zu führen. — Zur Verhütung weiterer Demoralisation in der Rechtspflege und in der Armee werden eine Reihe von Maßregeln geplant. Der Justizminister Lebret wird an die Generals-Prokuratorien einen Rundschreiben richten, in welchem er sie auffordert, Maßregeln zu ergreifen, um der Wiederkehr solcher Zwischenfälle vorzubeugen, wie sie im Verlauf der Schwurgerichtsverhandlung gegen Devoulez und Habert vorkamen. Die General-Prokuratoren sollen künftig keinerlei Kundgebung zulassen. — Der Kriegsminister Crayforderte den General Burlinden auf, ein Untersuchungsgericht einzuberufen, welches die Frage prüfen soll, ob es angängig sei, die Dienstentlassung des Deputirten Lasies in seiner Eigenschaft als Offizier der Kavallerie der Territorialarmee auszusprechen, weil Lasie am Dienstag in der „Libre Parole“ einen von ihm verfaßten, Stanz belegenden Artikel veröffentlicht hatte. — Dem „Sicile“ zufolge hätten die Delegirten der parlamentarischen Gruppen in einer Unterredung mit Dupuy entschieden verlangt, daß die Generale Burlinden und Hervé, der Generalprokurator Verbrand und der Prokurator Feuillois von ihren Posten entfernt würden. Dupuys Antwort hätte im Allgemeinen unbestimmt gelautet; bezüglich Burlindens hätte er erklärt, daß dieser auf seinem jetzigen Posten verbleiben werde. — Da für nächsten Sonntag auf der Neuenbahn in Longchamps eine Wiederkehr ähnlicher Vorgänge wie in Autun befürchtet wird, hat die Kammergruppe der nationalen Vertheidigung an die Regierung die Frage gestellt, welche Maßregel diese zu treffen gedenke, um bei Kundgebungen, die am Sonntag bei dem Rennen in Longchamps erfolgen könnten, die Ordnung zu sichern; in der Anfrage wird auf die Artikel gewisser Blätter hingewiesen, die geradezu zum Bürgerkrieg aufforderten. Auch die Liga der Menschen- und Bürgerrechte hat ihren Abscheu über die Vorkommnisse in Autun ausgesprochen. Die republikanische Bevölkerung von Paris werde nächsten Sonntag Gelegenheit haben, in ihren Beifalls-Bezeugungen die Reue der „Ritter des Misiggangs“ zu erfüllen. „Die Zeit ist da, den Skan-

dalen, welche schon zu lange gebauert haben und die französische Demokratie in der Person ihres Erwählten beleidigen, ein Ende zu machen.“ — Dem „Echo de Paris“ zufolge ist der Chef des Marineministeriums in Brest, Admiral Barrera, nach Paris gereist, um sich mit der Regierung wegen der Landung Dreyfus' zu besprechen. — Wie dasselbe Blatt meldet, ist General Bellieu bereit einmal verhört worden. General Bellieu habe hierbei dem General Tuquesne zu seiner Meisterschafft Erklärungen abgegeben, welche er durch Vorlegung von Schriftstücken unterstützte. Das Blatt sagt weiter, die Untersuchung gegen Bellieu werde sehr schnell geführt, und meint, derselbe werde ehrenvoll aus ihr hervorgehen.

Bon Dreyfus. Depeschen aus Spanien zufolge sind alle Bemühungen, Dreyfus zu sprechen, vergleichsweise wesen, da er von einem Gendarmerie-Hauptmann und vier Gendarmen streng bewacht wurde. Seine Besuchsfreiheit soll indessen gut sein, wenn er auch erschöpft ist.

Picquet. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird General Guérin der Freilassung Picquarts, die am Freitag, heute, seitens der Anklagelammer erfolgen wird, kein Hindernis in den Weg legen. — „Politiken“ bespricht den Fall Picquart und kommt zu dem Schluß, daß Picquart in jedem Falle in Freiheit gesetzt werden wird. Die Anklagelammer wird empfehlen zu schließen, daß die Anklage unbegründet ist, oder sie wird eine ergänzende Untersuchung einleiten.

Gescheidung Estéhazys. Die Urteile Nommer des Zivilgerichtshofes des Seinedepartements erlaubte Donnerstag, in der Schreiberei Estéhazys auf Trennung der Ehe und Gültigkeit den Grafen für den allein schuldigen Thall.

Zu Lyon kam es Mittwoch Abend in Folge der Zwischenfälle in Autun zu Kundgebungen und Zusammenstößen. Die Polizei schritt ein und nahm gegen 15 Verhaftungen vor.

Rußland.

Der russische „Friedenszur“, in dessen Landen seine Schergen in einer Weise wirken, daß der Unterschied alle Kreise regt, hat befohlen, wegen der Studentenunruhen den zuständigen Autoritäten und dem Lehrpersonal der höheren Lehre aufzuladen seine „sozietische Unzufriedenheit“ darüber anzudecken, „daß sie es nicht verstanden haben, die erforderliche Autorität und moralischen Einfluß auf die ihnen anvertraute Jugend auszuüben, und von Beginn der Unruhen an nicht mit der erforderlichen Festigkeit und Einmuthigkeit die Jugend, welche sich hinreissen ließ, auf das Wesen ihres Vorgehens, sowie die Grenzen ihrer Rechte und Pflichten einverksam gemacht haben.“ Das Vertragen der Studenten erlaubt der Zar für unentstehlich und deshalb soll gegen sie nicht mehr Wilden — man verkehrt in Russland — walten, sondern die Waffen sollen durch strenge Regierungsmäßigung unterdrückt werden. Nachsicht soll nur gegen Dirigenzen gelten, „deren Schuld dadurch gemildert erscheint, daß sie sich durch die allgemeine Bewegung haben hinreissen lassen.“ — Das ist die alte russische Methode, die aber heute bereits anfängt zu versagen. Mag man auch die verhältnismäßig kleine Zahl der Subversiven niederzwingen; die im Flus kommende russische Arbeiterbewegung wird auch der russische Despotismus nicht besiegen.

Saipa.

Aus Apia sind Privatmeldungen eingegangen, welche besagen:

Das „Königthum“ wird zweitlos im Einvernehmen der drei Mächte abgeschafft; Mataafa wird Chef eines großen Distrikts und erhält eine beträchtliche Subvention. Matafa-Tau erfährt die gleiche Behandlung. Man schlägt die erforderlichen, auch für Entschädigungen aufzubietenden Summen auf eine Viertelmillion Dollars. Der englische Konsul Rose geht am 17. d. M. nach London ab, der deutsche Konsul Dr. Rose reist ebenfalls in diesem Monat ab. Alle richterlichen Beamten werden neu ernannten Beamten weichen. Vorläufig ist ein provisorisches Komitee eingesetzt, welches die Gemeinderathswahlen leitet. Mataafa und seine 13 Chefs, welche über 2000 Waffen verstehen, sind mit dem neuen Arrangement zufrieden und wollen der künftigen Regierung ihre Waffen verkaufen. Die deutschen Wehrangehörigen Hauguet und Marquardt, die auf Gründen der englischen Behörden an Vorbild des deutschen Kriegsschiffes in Hauguet verworben, sind nach der Ankunft der Kommission in Freiheit gesetzt worden.

Über und Nachgebiete.

9. Jun.

Achtung, Lastdiearbeiter! Vergeht nicht, daß morgen, Sonnabend, Abend die erste Mitgliederversammlung Eurer neugegründeten Sektion im Vereinshause, Johannisstr. 50, stattfindet.

Aus dem Barbiergewerbe. Gewisse Ereignisse der letzten Zeit haben die Aufwertung des Publikums auf das Barbierhandwerk gelenkt. Die Angehörigen dieses Berufes haben sich bekanntlich zu einer Zwangs-Zinnung zusammengetan, in der es recht heiter herzugehen scheint. Zunächst ist eine Erhöhung des Mindestpreises für Haarschneiden beschlossen worden, eine Anzahl Meister jedoch weigert sich, laut öffentlich abgegebener Erklärung, mitzumachen. Bestehen sie darauf, so ist die Zinnung nicht im Stande, sie zu zwingen, denn § 100 q des Handwergergesetzes besagt ausdrücklich, daß die Zinnung ihren Mitgliedern weder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen, noch in der Annahme der Kunden Beschränkungen auferlegen darf. Nun wird uns ja Federmann zustimmen, wenn wir sagen, daß es den Barbieren so gut, wie allen anderen Geschäftleuten, nicht zu verargen ist, wenn sie ihre Existenz zu verbessern

suchen, und den kleinen Ausschlag würde sicher das Publikum willig zahlen; allein, die Sache hat denn doch einen Haken. Die Herren Barbiere, welche kaum warm geworden im Zwang, so rasch an die Verbesserung ihrer Lage gedacht haben, halten anstandshalber auch ihre Arbeit wieder auf. Ihre Gehälter und Gehilfen müssen nicht vergessen sollen. Denen thut's größter Nötzlich, geschehen ist aber, soweit wir wissen, in dieser Hinsicht bisher noch nichts. Dabei sind die Löhne der Gehilfen geradezu jämmerlich. Das Kosten- und Logiswesen herrscht unmenschlich und zeitig die üblichen Folgeerscheinungen. Wochenlöhne von 4 Mk. sind nicht selten. Das Trinkgeldunwesen ist dabei unausbleiblich. Unter diesen Umständen haben die Arbeitnehmer wohl Ursache, daß an sich berechtigte Streben der Barbiere mit Misstrauen zu betrachten und eine Verbesserung der Gehälter und Löhne zu verlangen. Wir erwarten, daß die Innung in dieser Beziehung bald von sich hören lassen wird. Nebenbei wird es Sache der Barbiere sein, durch Organisation ihrer Loks zu ändern. Was weiter die fröhliche Schließung der Geschäfte anlangt, so kann sie als eine vernünftige Maßregel nur mit Genugtuung begüßt werden. Wer dieshalb einmal am Sonntag mit einem Stoppesatt löschen muß, steht daran noch lange nicht. Interessant ist übrigens, daß die Innung streng Kontrolle bezüglich des Ladenöffnisses übt. Wir halten das für eine ebenso berechtigte Maßregel, wie etwa das Streikostenstechen, welches aber den Meistern Vorsicht an. Der Staatsanwaltschaft läßt nicht mit sich spazieren und der grobe Unfugsparagraph schlägt durchaus nicht.

Neben die Ausspeisung der dänischen Arbeiter lassen die „Lüb. Amz.“ eine giftige Epistel los zu Gunsten der terroristischen Fabrikanten. Das ist gleichbedeutend mit 100 Kronen aus Lübeck mehr für unsere dänischen Freunde.

Einen besseren Anspruch lennen die hiesigen Arbeiter gar nicht. Ebenso, wie sie doppelt fest zur Sozialdemokratie halten, wenn nationalliberale Herren wider besseres Wissen von Bebel als von dem „Eigentümern des Herrschafts am Blaue See“ reden. Schimpfen und Verläuden sind Waffen, die gegen die Lübecker Sozialdemokratie nichts ausrichten vermögen.

Der Bürgerrechts-Verein stellt heute Abend seine Kandidaten zur Bürgerschaftswahl auf.

Der Arbeiter-Madfahrer-Verein feiert am Sonntag im „Concordia-Garten“ das Fest der Bannerweih. Es werden etwa 300 ehrliche Teilnehmer von auswärts erwartet. Der Verein, welcher bei mancher Gelegenheit der Allgemeinheit schon gute Dienste geleistet hat, darf auf starken Besuch rechnen. Die Festrede wird von dem Reichstags-Algeordneten Genossen Th. Schwarzb gehalten. Obige auch das Wetter zum guten Verlaufe der Feier beitragen!

Wie Nationalliberale — Vertreter von „Bildung“ und „Wesig“ — über die Schule denken, zeigt an einem unbedeutenden, aber lehrreichen Beispiel ihr Lübecker Parteidorgan. Wir lesen da folgenden Satz:

„Mancher, der sich fürchterlich entstellt, wenn ein Kind in der Schule im Borne einmal ein paar Ohren abtötet, würde gewiß anders urtheilen, wenn er selbst einmal genötigt wäre, vor 80 bis 100 vielfach recht ungezogenen Männern unangenehme Pädagogiken zu bewahren.“

Außerdem ist ein liberaler Blatt stolz sich durchaus nicht daran, wenn einmal ein überlasteter Lehrer sich gegen die einfachsten pädagogischen Regeln vergeht, statt sich an der ungeheuerlichen Thatsache zu stoßen, daß es im Kulturlande Deutschland zum Alltäglichen gehört, daß ein Lehrer 70—100 Schüler in einer Klasse „unterrichten“ muß. Das ist wirklich interessant! Unter sothenen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Lübecker Volkschulverhältnisse gerade in dieser Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig lassen.

-k. Eine öffentliche Kartellversammlung tagte am Mittwoch Abend im Vereinshause. Bei der Abrechnung der Unterstützung der Maiausgesperrten ergab sich eine Ausgabe für die nichtorganisierten Arbeiter von 767,30 Mark. Eingegangene Flugblätter des Verbandes der Handels-Transport- und Verkehrsarbeiter wurden den Delegirten zur Verbreitung übergeben und eine öffentliche Versammlung für die Angehörigen der selbigen Branche am Montag, den 12. d. M., bei Eecke anberaumt, wo Gen. Schumann-Berlin referiren wird. Es wurde ferner beschlossen, auch in diesem Sommer einen Gewerkschaftsausschlag zu veranstalten und hierzu ein Komitee gewählt, welches die nötigen Vorarbeiten zu machen hat. Der Ausschlag wird voraussichtlich am zweiten Sonntag des August stattfinden.

Der Schweinburg des Amtsblattes ärgert sich, daß Bebel die Carolinen — die „Lübecker“, um mit Bismarck zu reden — nicht als eine kostbare Perle gepriesen hat. Nun, Bebel ist weder Mitglied des „Alldeutschen“ Verbandes noch Angehöriger der Lübecker Handelskammer.

Zur Tagesordnung der nächsten Bürgerschafts-Versammlung. Die Herstellung eines elektrischen Kabells in der Bahnhofstraße, Balauerstraße und Ölstraße wird beantragt, nachdem die Tischlermeister Chiessen und Rosenquist diesbezügliche Wünsche geäußert und ausreichende Garantie für Verzinsung der Anlage geboten. Bezüglich der Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Revision des Grund und Gebäudesteuer-Gesetzes ist zu wiederholen, daß die Mehraufbringung von 200 000 Mark absichtigt wird. Die amtliche Begründung verweist übrigens auch mahnend auf das nach Fertigstellung des Kanals zu präsentirende Steuertrio: Luftgarkleitssteuer, Hunde- und Gebäudesteuer.

Die vorübergehende Beschäftigung nicht richterlicher Rechtsgelehrter als Huldsrichter wird motiviert mit der Überlastung des Amtsgerichtes.

Holzenjagd betreibt zur Abwechslung das Amtsblatt. Vor dem 1. April ging es bekanntlich täglich gegen die Dänen.

-**Arbeiterrisiko.** Auf dem Dampfer „Afrido“ erlitt gestern Abend infolge Umlippens eines eisernen Trägers der Schauermann Vorarbeiter Hartleben einen Fußbruch. Dr. Adler legte ihm einen Notverband an, worauf der Verletzte in seine Wohnung befördert wurde.

Der Vierte. In Travemünde wurde bei der Bürgermeistereiwahl der bisherige Vertreter, Herr Meineke, wiedergewählt.

Stockelsdorf. Die Wege schau wird am Sonn-

für den Inhalt der Füserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Freier, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei eventuellen Anlässen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Gesucht zum 1. Oct. eine Wohnung für ruhige Leute mit 2 Kindern in der Stadt v. vor'm Thor 1. Pr. von 120—150 M. Offerten unter **L 30** an die Exped. d. Bl.

An verkaufen ein noch guter Sommer- und Winterpaket, ein Papageibauer, ein alterthümlicher Koffer. Zu erfragen Marlesgrube 55/6.

Ein kleines Haus mit 12 Ruten Land ist zum 1. October billig zu verkaufen. Zu erfragen Moisslinger Allee 59 a.

Zu verl. kleines Haus mit gr. Stall und Garten, Nähe Burghor. Forderung 5000 M. **August Dose,** Schulstraße 4 a.

Mit dem heutigen Tage erhöhe ich Dorfstraße 27 eine **Colonial- u. Fettwarenhandlung** re.

und bitte ein gehobtes Publikum um gütigen Zuspruch, indem ich gute Waren zu billigen Preisen verspreche. Hochachtungsvoll

Christine Lüders Wwe.

Lübeck, den 9. Juni 1899.

Zäglich frisch geräucherte Aale. Fischräucherei Dornestrasse 17 a.

(Ganz vorzüglichen)

Tilsiter Käse u. Pf. 40, 60 und 80 Pf. empfiehlt

H. Bannow, J. J. Maass Ncht. Tünkenhagen 32.

Durch Zufall einen Posten **fetten Landspeck** per Pfund 30 Pfg.

Butter-Handlung „Zum Stern“ Breitestr. 38. Lübeck. Breitestr. 38.

Schweizer Käse, thüringen-reich, Pf. 60 Pf.

Marsch-Käse pikant und fett, Pf. 30 Pf.

Tilsiter Vollfett Pf. 60 Pfg.

Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Nach neuester Methode **geröstete Caffee's** per Pf. 80, 100, 120, 140 und 160 Pfg. alle Sorten hervorragend im Geschmack empfiehlt stets frisch

Ferd. Schreiber

20 Langer Lohberg 20.

Der Wahre Jacob No. 12 — prächtig illustriert —

ist soeben erschienen.

Preis 10 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die

Beilage zum Lebener Volksboten.

Nr. 133.

Sonnabend, den 10. Juni 1899

6. Jahrgang.

Die Schärfmacher als Erzieher.

Als 1890 die Regierung mit der Gewerbenovelle den ersten Stoß zur Verschärfung des Koalitionsrechtes versuchte, wurde der neue § 153, bisel von Herrn v. Berlepsch so warm vertheidigte Monstrum, abgelehnt. In dem von dem Rantumabgeordneten H. H. erstatteten Berichte der VIII. Kommission liest man in der Darstellung der Debatten (S. 111) u. a.:

"Bei der Formlosigkeit des Arbeitervertrages, bei der natürlichen Ausregung, die namentlich größere Arbeitsinstitutions begleite, bei der Schwierigkeit der Beweisführung, liege die Gefahr nahe, daß dem Strafgesetz in der praktischen Anwendung Handlungen und Verherrungen unterworfen würden, die lediglich zur Wahrung berechtigter Interessen stattanden und eine strafrechtliche Behandlung nicht verdienen."

Wenn nun außerdem das Maximum und Minimum der Strafe so hoch gestellt werde, wie vorgeschlagen, und überdies der in der Rechtsprechung schwer zu handhabende Begriff Gewohnheitsmäßigkeit zu Grunde gelegt werde, so werde man in zahlreichen Fällen Unschuldige, in anderen Fällen Minderjährige mit ungerechten und zu hohen Strafen belegen, das Vereinsleben der Arbeiter und ihr Koalitionsrecht, aus dem sie mit Weit einer Besserung ihrer Verhältnisse erhofften, ernstlich gefährden und die leider schon vielfach vorhandenen Elemente des Misstrauens in der Arbeiterwelt gegen die staatliche Ordnung noch erheblich verstärken.

Mehr als diese Verkürzung des Rechtes hätte in einem Geiste, das die Bedingungen des Arbeitertausches verbessern sollte, die freie Gestaltung und geistige Wuerkung der beruflichen Organisation der Arbeiter liegen sollen.

So sprachen sich damals bürgerliche Abgeordnete in der Kommission aus. Was bei der Gewerbenovelle von 1890 zutraf, gilt mit verdoppelter Wucht der Beweiskraft für den neuen, gegen die Arbeiter gerichteten Gesetzentwurf mit dem tückenden Titel: „Zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“, der nichts ist als ein nur gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft gerichtetes, kulturrendliches Ausnahmengesetz, dessen Barbarei noch gesteigert wird durch die pharisaïsche Prüchelst von der „Gleichstellung der Arbeiter und Unternehmer“.

Eine ärgere Entstaltung sinnensfülliger Thatsachen, eine schlimmere Umfälschung der Sachlage läßt sich nicht denken, als die doppeltzweckige, schlechende Tärtissellogik und der quämmig quabbige, klebrige Stil, womit dieses Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter „begriindet“, beschönigt, bemüht wird. Der Versuch, der Wahrheit eine wässerne Masse zu drehen, die Welt glauben zu machen, daß Unternehmer und Arbeiter in dieser Ausnahmeverordnung mit einer Elle gemessen würden, fällt platt zu Boden. Keine Bestimmung, die den Unternehmern weicht, überall Schlupflöcher, Auswege, Deckung, Wirtschaften (das Recht auf schwarze Listen, Konventionalstrafen, trockene Wechsel u. s. w.), für sie der Sammelhandschuh: für die Arbeiter ungeheure Straf-Beschäftigungen, für Gewerkschaftsleiter bis zu fünf Jahren, der ganze Entwurf eine Sackgasse, aus der es kein Entkommen giebt, für die Proletarier die eiserne Faust. Dort ein Dekorationsstück, ohne Wirkung, ohne Inhalt, hier die handgreifliche ruppige Wirklichkeit, die zwischen Zellengefängnis und Buchthaus wechselt.

Die organisierte Arbeiterschaft will ein wirkliches, nicht bloß auf dem Papier stehendes Koalitionsrecht. Sie

will den Fortfall des Strafparagraphen 153 der Gewerbeordnung, den Fortfall der reaktionären Vereinsgesetze, sie will offene Bahn und Anerkennung für die Gewerkschaften.

Und die erleuchteten Staatsmänner des Schlesischen Kurzes bieten den Arbeitern den Stein der Buchthausvorlage, die das Koalitionsrecht in Stücke schlägt, um dem Industriedualismus die neue kapitalistische Hörigkeit wehr- und willensloser Arbeiter zu sichern.

Statt der bürgerlichen Freiheit die Eröffnung eines dauernden Ausnahmestandes für Millionen von Arbeitern, statt eines Arbeiterschutzes ein Gelegenheitsgesetz, statt des Arbeiterschutzes der wüstwilligste Arbeiterzug. So „humanisten“ die Herrschenden den Klassenkampf.

Wann je eine Politik die Erziehung zur Unzufriedenheit, zum sozialen Ingrimm, zur Kampfbereitschaft aufzutun, auch der dumppsten und unaufgelaßtesten Gruppen der Arbeiterschaft auf größerer Stauseileiter bedeutete, so die schwärmisch geniale Thätigkeit der Schärfmacher, denen der erste Lusthauch der öffentlichen Kritik schon die Maske abgerissen hat, um sie in ihrer ganzen Hässlichkeit als Geschäftsführer des Feudalkapitalismus zu entlarven. Sie agitieren für die Sozialdemokratie wider ihren Willen, aber sie agitieren. Fort mit dem § 153 der Gewerbeordnung, fort mit der Buchthausvorlage, ein Koalitionsrecht her, das diesen schändlichen Namen verdient, Ellenbogenraum für die Gewerkschaften, positiver Arbeiterschutz, das ist das Kampfgeschrei der Arbeiterklasse.

Sie wird für ihr Recht, das der neue Anschlag der Umsturzler von oben antastet, mit alter Thakurst einsehen und um seines Stroms Breite zurückweichen. Den Fuß beim Male hält das deutsche Proletariat, möge kommen was da wolle, in seinem Streite für Recht, Freiheit und Kultur.

Soziales und Parteileben.

Streits und Lohnbewegungen. Auch die Maurer (totaler Mietniveau) in Berlin beschlossen in öffentlicher Versammlung, ebenso wie die Maurer der zentralen Richtung, auf allen Bauten, wo dies angängig, einen Stundenlohn von 65 Pf. zu fordern. — In den Maxwerken, Elektrizitäts und Automobil-Gesellschaft Dorff u. Schwarz in Südl.-Lindenthal, haben die Dreher die Arbeit niedergelegt. Auf der Werkstatt der Möbelfabrikanten Lichten u. Friedrichs, Südl., Maybachstraße, sind wegen Einführung einer neuen Fabrikordnung, der sich die Arbeiter widersetzen, Differenzen ausgebrochen. Die Festigung ist eingereicht. Buzug ist fernzuhalten. Die Niemendorfer in Elberfeld wollten, nachdem ihre Kollegen in Barmen den Zehnstundentag errungen haben, an ihre Unternehmer dieselbe Forderung stellen. Eine Versammlung, die in diesem Sinne Beschluss fasste, beantragte den Vorstand des Textilarbeiter-Vereins, die erforderlichen Schritte einzuleiten. — Die Verhandlungen zwischen den Seidenstofffabrikanten und ihren Arbeitern in Kreisfeld sind gescheitert. Ein Streit, der große Dimensionen annimmen dürfte, scheint dennoch unvermeidlich. Die Bergleute in Edderich und Umgang (Auhalt) streiken wegen Lohnregelung von Nammeraden. Die dortigen Bergleute sind erst seit kurzer Zeit organisiert. Vor einigen Wochen wurde ein Bergarbeiter entlassen, wie es heißt, weil er in einer Bergarbeiter-Versammlung einen dem Referenten zustimmenden Zwischenruf gemacht haben soll. Die Arbeiter forderten in höflicher Weise

urplötzlich wieder der Stolz und Liebling seines Dorfes geworden.

Nur Wenige seiner Dorfgemeinden klagten dem unglichen Manne aufrichtig und schmerlich nach. Aber gerade jener Freund, der den Verlust wohl am tiefsten empfand, vermied es ängstlich, hievon zu sprechen. Der Pope hatte den Namen des Taras seit der Trennungsstunde nicht wieder über die Lippen gebracht. Nur seine Gattin ahnte, wie sehr er leide, aber auch sie irrte, wenn sie glaubte, daß nur das Weh um den Freund an ihm zohre. Noch qualvoller war ein wilderer Schmerz, von dem er wohl selbst nie gesprochen, daß er jemals an sein frommes Herz würde rütteln können. Und es kam der Moment, da die gute Frau auch dies erkennen sollte.

Es war am Abend des Churfestes. Erst gegen die neunte Stunde und tödtmüde von den vielen gottesdienstlichen Berichtungen des Tages war Leo heimgekommen. Doch ob er nur wenige Wissen und ging sofort in seine Stube. Die Popadja folgte ihm und setzte sich mit ihrer Mährei zur Lampe hin. Da er auf und ab schritt, zwischendurch einige Worte vor sich hinnummelte und wieder seinen Spaziergang aufnahm, so glaubte sie, daß er nach seiner Gewohnheit an der nächsten Predigt arbeite, und wagte es nicht, ihn anzusprechen, sondern blickte nur verstohlen nach ihm hin. Sonst lag auf seinem Antlitz bei dieser Arbeit ein Ausdruck stiller Verklärung, welcher die Frau immer mit Rührung erfüllte, diesmal aber gewährte sie darin einen Zug so herben, bitteren Weh's, daß sie erschrak und den Mund feste, ihn anzutreten.

„Mann“, fragte sie klopsenden Herzens, „Du arbeitest wohl an der Predigt für den Ostermontag?“

Er fuhr zusammen und blickte dann düster vor sich hin. „Ich kann nicht! . . .“ flüsterte er so leise, als spräche er mit sich selbst. „Ich kann nicht!“ wiederholte er laut, verzweiflungsvoll, und schlug die Hände vor's Antlitz.

Entsetzt fuhr die gute Frau empor und schlängt ihre

die Wiedereinstellung des Gewerbeordnungen und zugleich die Erhöhung des 3 Mt. betragenden Schlittschuhes um 20 Pf. Als Antwort wurde wenige Tage darauf beim Verlesen weiteren sieben Bergleuten gefändigt. Eine Eingabe um Lohnerschöpfung wollte man nicht erhalten haben. Sofort legte die ganze Mannschaft bis auf wenige Leute die Arbeit nieder. Die andere Schicht hat dasselbe und von der 220 Mann betragenden Belegschaft streiken jetzt 180 Mann. Die Gewerbeordnungen sind alte Leute, die meist einige Jahrzehnte auf der Grube arbeiten. In Forst befinden sich über 400 Männer in einer Lohnbewegung.

Eine Versammlung von über 1000 Männern in Mainz beschloß, den Unternehmern mehrere Forderungen zu unterbreiten. Antwort wird bis spätestens 17. Juni erwartet. — Der Textilarbeiter-Streik in Brunn dauert nun mehr in die sechste Woche und die Arbeit ruht noch in allen Fabriken vollständig. Die Unternehmer hatten ihre Hoffnung darauf gelegt, daß am Sonnabend für viele Arbeiter zum zweiten Mal während des Streiks die Miete fällig war, aber auch die Schwierigkeit wurde überwunden und kein einziger Leb sich zwingen. Ein Versuch des Bürgermeisters von Brunn, eine Verständigung herbeizuführen, scheiterte an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. Gesammelt wurden bis jetzt für die Streikenden 31 000 Gulden. Im Auftrage des Vorstandes des dänischen Tabakarbeiter-Vereins des „Einigkeit“ erinnern wir, den Zugang nach Dänemark zu zu halten, da durch das Vorgehen des Arbeitgeber-Vereins gegen die dänischen Arbeiter, die allgemeine Arbeitspresse betreffend, auch die dem Arbeitgeber-Verein angehörenden Tabaksfabrikanten bis auf Weiteres keine Arbeitskräfte mehr einstellen. — Der Streik der Christia- niaer Haushälter ist beendet. Die Arbeiter sind unterlegen. In Montceau-les-Mines (Frankreich) ist ein allgemeiner Ausstand der Bergarbeiter ausgebrochen.

Für den Achtuhr-Ladenschluß erklärte sich die Hauptversammlung des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine, die am 5. Juni in Eisenach in Gegenwart des Oberbürgermeisters und eines Beauftragten der weimarschen Staatsregierung tagte, durch Annahme der folgenden Resolution:

„Die Jahresversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine begrüßt es mit Freude, daß in der Novelle zur Gewerbe-Ordnung, in Verbindung mit den Beschlüssen der betreffenden Reichstags-Kommission, Mittel zur Belebung der übermäßigen Arbeitszeit und anderer auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Handlungsgehilfen schädlich wirkender Uebelstände in Ladendeschäften geboten werden.“

In Erwägung jedoch, daß der § 139c der Novelle zu Unzuträglichkeiten bei seiner Handhabung führen muß, betont der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine, unter Hinweis auf die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterstatistik, deren bezügliche Erhebungen durch die im Jahre 1890 an den Herrn Reichskanzler gerichtete Denkschrift des Verbandes veranlaßt wurden, daß er es nach wie vor unbedingt notwendig hält, für das ganze deutsche Reich einen allgemeinen Ladenschluß um spätestens 8 Uhr abends, mit Ausnahme der Abende vor Sonn- und Feiertagen, gesetzlich anzuordnen.“

Die Versammlung erklärte sich ferner für besondere kaufmännische Schiedsgerichte, für die Erweiterung und einheitlichere Gestaltung der Sonntagsruhe und für den Wegfall des Versicherungszwanges für Kaufleute bei der Alters- und Invalidenversicherung.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Durch die Explosion eines Benzindampfers in Eider's Färberei in Wilhelmshaven wurden 2 Personen getötet, 6 verwundet. Von den Schwerverwundeten sind noch 2 gestorben. Mehrere Personen wer-

den um ihn. „Leo“, schluchzte sie, „was ist Dir? . . . Das heißt, ich weiß ja, was es ist! Aber thust Du recht, Leo, Dich so dem Schmerze zu überlassen? Können wir es ändern, Leo?“

Er schüttelte das Haupt und saßte ihre Hand so fest, als wollte er sich an sie klammern.

„Nein, Weib“, stieß er mit scharfem Hervor, „es ist nicht der Schmerz allein. Aber seit diese Menschen vor meinen Augen zu Grunde gegangen sind, ist's mir, so oft ich beten will, als wäre ich ein Heuchler . . .“

„Alle Heiligen!“ schrie sie auf.

„Ja, enthebe Dich nur“, fuhr er hastig fort, „es ist auch sichtbarlich. Aber ich kann nichts dafür. Da preisen wir die Allgerechtigkeit Gottes . . . und nun das Geschick dieser Menschen — dieser Menschen!“

„Mann!“ rief sie angstvoll. „Wie oft hast Du gesagt: „Die Ausgleichung kommt erst im Jenseits“. Und nun willst Du zweifeln?“

„Im Jenseits“, wiederholte er in demselben angstlichen hastigen Tone. „Gewiß, Weib, daran wollen wir festhalten! . . . Aber warum wird die Rechnung in dieser Welt gar so groß?! Dieser Mensch! . . . sein Weib ist wahnsinnig geworden, seine Kinder sind Waisen und er selbst wird am Galgen sterben, weil — weil er sich in der Verderbnis der Welt ein Kinderherz bewahrt, weil er felsenfest auf Gott und Gerechtigkeit vertraut hat. . . . Es ist entsetzlich. . . .“

Wieder wollte sie ihn umklammern, er aber rang sich sanft aus ihren Armen und begann in der Stube auf und ab zu gehen, während sie auf das Bänkchen zurück sank und bitterlich fortfluchte.

Das wähnte einige Minuten.

Endlich blieb er vor ihr stehen, hob ihr tränennassenes Antlitz empor und strich ihr das Haar aus der Stirne.

„Fruzia“, sagte er mit zitternder Stimme, „ich ver-

... den noch verfügbaren Prozeß in Kölle sind nunmehr bereits 72 Personen, darunter mehrere Angeklagte, verurteilt. In den letzten Tagen sind Auswärts wiederum einige Verhaftungen vorgenommen worden. Die meisten Angeklagten gehören hochgestellten Familien an. Die Angelegenheit kam zur Kenntnis der Gerichtsbehörde durch das Geständnis eines jungen Mannes, der durch einen Arzt verordnete Pillen eingenommen hatte, um starles Herzschlag hervorzurufen, trotzdem aber zum Militär eingezogen und dort alsbald dem Lazarus überwiesen wurde.

Zu Corneliusmünster bei Aachen ist eine angeblich erschöpfer Brudermäher einen älteren Mann beim Grabmähen mit der Sense. — Die Polyphon-Musikwerke in Leipzig sind von einer lästigen Feuerzündung gänzlich zerstört worden. 700 Arbeiter haben ihre Beschäftigung verloren. — In St. Peter bei Freiburg i. W. sind 21 Häuser eingeeisert nebst der Kapelle; das Kreuzfeuer ist gerettet worden. In dem hessischen Orte Kerzell brannten jüngst 24 Bauern anwesen nieder. Der Braudstifter, ein Handwerksschrein, wurde verhaftet. — In Bamberg ist wiederum ein Ehepaar zu 1 Jahr Buchthaus wegen Verbrechens der Ehepeel verurtheilt worden, weil es gebüldet hatte, daß der Vater am der Tochter vor der Inzwischen erfolgten Hochzeit in der elterlichen Wohnung seiner Frau wohnte. Solche Verurtheilungen häufen sich in erschreckender Weise — erschreckend für unsere Rechtsverhältnisse. Dass dem emporenden Zustand solcher Verurtheilungen ein Ende gewacht werden müsse, scheint den Gesetzgebern nicht einleuchten zu wollen. — Klein-Brand eines Wohnhauses in Stettin hat Mittwoch jedoch eine aus 7 Personen bestehende Familie ihren Tod durch Feuer gefunden. — Die Ortschaft Palosa im Komitate Szaros, bestehend aus 140 Gehöften, ist niedergebrannt. Die Einwohner verloren Hab und Gut. — Auf dem Jahrmarkt zu Antwerpener brach am Montag früh in dem italienischen Circus Vorin Feuer aus; bald stand die ganze Parade, die einen Wert von 35 000 Fr. hatte, aber nicht versichert war, in Flammen. Es gelang zehn Pferde aus dem Raum mennecke heranzubringen, aber zwölf Pferde, die abgerichtet waren, liefen Hunde, die zwei weiße Esel, fünf Affen und eine Ziege gingen in den Flammen unter. Als die Feuerwehr wenige Augenblicke später eintraf, stürzte bereits der Circus zusammen und alle Habe des Direktors und seiner Truppe sind verloren. In demselben Augenblicke stiegen aus dem Hippodrom die Flammen auf und mehrere andere Baracken wurden von dem Feuer ergriffen. Gleich darauf zehn drei- und vierstöckige Häuser wurden von den Flammen ergreift, die Jassen, meist Kaufleute und Händler mit ihren Familien, unsitten im Nachtwand eiligt fliehen. Einige zögernende Frauen wurden, nur mit dem Hemd bekleidet, von der Feuermehr mit Decken umhüllt, aus den Stockwerken heruntergeholt. Nach zweistündigen Anstrengungen gelang es, das Feuer in vier Häusern zu löschen, aber die übrigen sechs Häuser sind derartig beschädigt, daß sie niedergeissen werden müssen. Auf dem Jahrmarkt selbst herrschte die schrecklichste Panik. Nach dreistündiger harter Arbeit war das Feuer eingedämmt. — Seit drei Tagen herrscht in New-York wie im größten Theile des Landes eine furchtbare Hitze. Sehr viele Hitzeschläge sind vorgekommen, von denen mehrere tödlich verloren.

Mit ein paar ostelsischen Oster-Ohrfeigen hatte sich das preußische Oberverwaltungsgericht zu beschäftigen. Es wird darüber berichtet: Ein Knecht, der sich auf einem ostelsischen Gute „zu den vier Pferden“ vermietet hatte, verließ am Ostermontag plötzlich seine Stelle, weil er, wie er erklärte, „mit ungewöhnlicher Härte“ behandelt worden sei, auch keine zurückende Kost erhalte habe. Am ersten Osterfeiertage war es zwischen dem Knecht und dem Sohne des Hauses zu einem Konflikt gekommen, als der Knecht es ablehnte, auf die an ihn ergangene Auflösung hin den Dung aus dem Kuhstall zu entfernen. Der Sohn des Hauses verabschiedete dem Knecht einige Ohrfeigen und Pisse. Dieser verließ darauf das Gehöft und den Dienst. Als bald erreichte ihn eine polizeiliche Verfügung, die ihn zum sofortigen Wiedereintritt in den Dienst einlud. Der Knecht socht die polizeiliche Verfügung im Verwaltungsstreitversfahren an. Der Bezirksausschuss wies die Klage ab, da nach seiner Meinung die Kost ausreichend gewesen sei und eine ungewöhnlich harte

spreche dir, ich will stark sein. Auch damit werde ich fertig werden, aber es braucht Zeit und Kraft. Ich gehe zu Bett, beruhige Dich. Ich werde auch damit fertig werden.“

Die Frau gehorchte, aber sie schlief nur sehr wenig in jener Nacht, und ihre Seele rief immer wieder: „Gott, erbarme Dich, gib meinem Manne den Glauben an Dich wieder!“ Es sind schon viele weisere Gebete zum Himmel emporgestiegen, aber vielleicht noch keines, welches erhöhender war.

Als der lichte Tag in die Kammer schien, fasste sie neuen Mut und ward darin bestärkt, als sie ihren Gatten wieder mit ruhigem Amt zur Kirche gehen sah. Dann aber machte sie sich auf, um ihrerseits gleichfalls eine Pflicht zu erfüllen, die wohl nicht minder heilig war, als die seine, um sich der Anna und ihres Hauswesens anzunehmen.

Die Aermste hatte in jenen Tagen ihren Freunden bittere Sorge bereitet. Das letzte, klar verständliche Wort, welches sich ihren Lippen entzog, war der Name ihres Gatten gewesen, jener Schrei, den sie ihm nachsendete. Von da ab war wieder die sinnlose Raserei des Schmerzes über sie gekommen und währte fort, Tag um Tag, Nacht um Nacht. Ihr Mund sand kein Wort des Gebetes oder der Klage, ihr Auge keine Thräne; sie fuhr fort, gegen sich selbst zu wüthen, und nur jener wilde Jammer schrei entzog sich immer wieder den blässen Lippen, über die keine Labung kam. Wer sie so liegen sah, ging mit der Überzeugung hinweg, daß sie wahnsinnig geworden; nur der Pope bewahrte sich die Hoffnung. „Es wird vorübergehen“, tröstete er sein Weib, „ihr Herz ist wilder als das unsere, und darum auch ihr Weh.“ In der That künderte sich allmälig die Gewalt dieses sieberhaften Schmerzes, die Unglücksche Janmerte nicht mehr und nahm Speise und Trank; aber den Freunden war dieser Zustand schauerlicher, als der frühere. Denn noch immer kam kein Wort über ihre Lippen, unbeweglich lag sie da,

reißung einiger Ohrfeigen sei die Herrschaft berechtigt. Vor dem Oberverwaltungsgericht vertrat der Knecht die Ansicht, er sei nach § 138 der Gefüdeordnung befugt gewesen, den Dienst sofort zu verlassen, weil die an ihn ergangene Auflösung, am ersten Osterfeiertage den Dung aus dem Kuhstall zu bringen, mit den guten Sitten und den Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Widerspruch stehe; auch hätte man ihn wegen seiner Reicherung nicht schlagen dürfen. Das Oberverwaltungsgericht wies in demselben ab. Die Osterbefehle bleibten also sein rechtmäßig erworbenes Eigentum und der unternommene Versuch, sich etwas weiteren Privileien zu entziehen, ist als unerlaubt und gleywidrig erklart worden. Und da nunmehr sich noch die Angst über die Landflucht der Arbeiter!

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte die Strafkammer in Lübeck gegen den Waller gesellen Zeilen einen hessischen Ortsteil gegen den Waller gesellen Zeilen einen Sonderburg, der in einem Wirthshaus zu Grevensen auf Alsen den Kaiser beleidigt hatte. Die Angeklagte wollte sich wegen starker Trunkenheit der Vorgänge nicht mehr zu entsinnen vermögen. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis. Der Mebakteur Schwarz von der „Wismutener Freien Presse“ hatte sich wegen eines Artikels vom 3. Dezember 1848 unter dem Titel „Arzte auf Leben“ vor dem Schwurgericht in Wismar zu verantworten, weil der Staatsanwalt in dem jüngsten Artikel eine Beleidigung des Kaisers erblidt hatte. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, in dass der „Preßhund“ freigesprochen werden müsse.

Ein Beschützer der Gewerkschaften. Der Bürgermeister Wimmler in Neustadt (Holz) verbot eine zum Zwecke der Werchterstattung über den Gewerkschaftsverein einberufene Textilarbeiter-Versammlung, „weil der Medier, Herr Karl Wissfeld aus Spolda, nach der eingeholten Erklärung sozialdemokratischer Agitator ist und die Bearbeitung der Gewerkschaften durch solche in sozialdemokratischer Richtung gerade in der Begegnung einen solchen Unfang angenommen hat, daß durch dieselben eine drohende Gefahr für die öffentliche Ordnung herbeigeführt werden kann.“ — Das ist die Sprache sozialistengesetzlichen Zuges deutsches. Und das Buchthausgesetz vor der Thür läßt dies Schriftstück „gerade in der Gegenwart“ ahnen, was den klassenbewußten Arbeitern bevorsteht, mit oder ohne Zuchthausstrafe.

Kleinbahn-Zwyll. Dass wegen einer vergessenen Kindermilchflasche die Rothleine eines Kindes gezogen wird, und infolgedessen der Zug mitten im freien Felde anhalten muss, dürfte sicherlich zu den größten Selteneheiten gehören. Dies hat sich tatsächlich vor einigen Tagen ereignet, und man erzählte sich darüber im Kreise Stutzen folgendes Geschichtchen: Kommt da eine Frau vom Lande mit ihrem noch nicht 1 Jahr alten Jungen zum Bahnhof in U... um von dort nach M... zu ihrem Oxfel zu reisen, der den kleinen Stammhalter doch auch mal sehen sollte. Mit dem Inhalt einer Milchflasche stellt sie den sehr bemerkenswerten Durst des Sproßlings, während sie eine zweite gefüllte Milchflasche aus dem Tasch im Wartesaal in Reserve stehen hat. Auf das Absatzsignal steigt die glückliche Mutter nach ein, und der Zug setzt sich in Bewegung. Er rollte aber noch nicht lange pflichtig bleibt er, durch die Rothbremse festgehalten, stehen. Der erschrockte Schaffner, ein Augsburger, schaut in die Tasche und fragt auch die in einem der selben stehende junge Mutter, ob sie die Rothleine gezogen habe. Die Frau bejahte die Frage. „Aber warum denn, was ist denn passiert?“ — „O, mein gode Herr, id heß up'n Bahnhof den zweiten Wuddel für min'n Lützen stahn late, den mutt ich wedder habben; hollen Sie man eben 'n beten stille, ic will em halen?“ — Als der verdiente Schaffner der Frau begreiflich machte, daß man die Rothleine nur im Falle der höchsten Gefahr für ein Menschenleben ziehen dürfe, bemerkte die junge Mutter: „Na, is denn min Lützer kein Mensch, mi is datt kein Gefahr för' Leben, wenn he keen Welt hett?“ — Nach kurzem Disput sah man den braven Schaffner im schnellsten Tempo nach dem Bahnhof rennen, um den „Weltbuddel“ zu holen, und pustend rasch wiederkehren. Dann that's einen Pfiff — die

ihre Antlitz war starr und tief den Ausdruck düsteren Brüters. Wenn die Freunde an ihr Lager traten, wenn die Kinder sich herandrängten, dann hob sie abwehrend die Hand oder rief unwillig: „Lasset mich, ich muß ja nachdenken.“ Nun verließ auch den Popen seine Zuversicht. „Ihr nißt keine Menschenhülfe“, sagte er seinem Weibe, „wohl aber muß sie den Kindern werden, die mir Vater und Mutter verloren haben. Du gehst von heute ab zweimal nach dem Hofe und hältst das Hauswesen in Ordnung. Auch für die Wirthschaft muß ich einen Verwalter suchen.“ Noch im Laufe des Tages bot sich der rechte Mann selbst an, Hriko Ponente, der ältere Sohn des Simeon. „Wenn ich für Taras arbeite,“ sagte der Jüngling, „damit erfrage ich es leichter, daß ich ihm nicht folgen durste.“

Das war am Donnerstag geschehen, am Feste Mariä Verkündigung. Anna schien es nicht zu bemerken, wie andere in ihrem Hause zu walten begannen. Auch am nächsten Tage änderte sich dieser Zustand dumpfes Hinbrüten nicht. Aber als die Popadja am Morgen des Karfreitagstages bekümmerter Herzens in die Krankenstube trat, da wurde ihr eine freundliche Überraschung. Das Lager stand leer und eine Magd rief ihr hastig durch's Fenster zu: „Die Herrin ist im Kuhstall und wäscht eben dem Hriko gegen den Kopf, weil er aus seines Vaters Wirthschaft den neuen Buttertröpf gelassen.“

In der That vernahm die Popadja, als sie dem Stalle zueilte, schon von ferne her die laute, ruhige Stimme der Anna. „Ich weiß, daß Du es gut gemeint hast, mein lieber Hriko“, sagte sie, „aber nun Dein Herz mir wieder mit und kümmere Dich künftig um Deines Vaters Wirthschaft. Mit der meinigen werde ich selbst fertig.“ Auch die Popadja erhielt eine ähnliche Begrüßung, zuerst herzlichen Dank und dann die Weisung: „Nunmehr aber dies gelbe Tüchlein hier gleich wieder mit. Ich habe es heute Morgens am Halse meiner Tereska gefunden, während es doch Deinem Henryk zugehört. Gottlob, meine Kinder sind keine armen

Oxfel in M... entgegen. Größere Ansprüchen kann man tatsächlich nicht an einen Schaffner stellen. — Wenn vielleicht auch nicht wahr, so doch gut erfunden!

Die auf Nord-Fjord gefundene KapSEL Andreæ enthielt außer dem Zettel auch eine Karte, auf der die Richtung angegeben ist, die der Wallon genommen hatte. Der Zettel war in schwedischer Sprache abgeschrieben. Die KapSEL wird nach Stockholm gebracht. Mit der zuletzt gefundenen Schwammböje sind die Erinnerungsstücke an die Andreesche Erfindung um ein neues vermehrt worden. Die bisherigen sind: einige bei der Absicht verloren gegangene Scherzenenden und Sanduiche, die verhünte Viehstaube, die angeblich in Stockholm bewahrt wird, und der von ihr gebrachte Zettel Andreæ vom 13. Juli 1847 nebst der Karte, in der sie steht.

Soldatenmarterei. 100 Mann des Leinster Regiments und 50 Mann des Angoulême-Korps in Halifax Kanada, vierter und ein Thiel des selben veracht gewaltamt aus dem Kaiserhof auszubrechen. Es kam zu einem Kampfe mit den treulich lebenden Truppen, wobei mehrere der mutigsten Soldaten mit dem Bayonetten niedergestochen wurden.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteidateien ein:

Berlin, Petrische der Wahlkreise: 3. Kreis 510, 4. Kreis 520, 5. Kreis 1500, 6. Kreis 1500, 7. Kreis 528, 75, 8. Kreis 500, Moncaler Vorstadt und Behnbeckmühle 700, 9. Kreis Wedding und Cöllnisch Vorstadt 500, Berlin, diverse Bezirke: gesammeltes Almonengeld von S. V. 2.500, 7. V. 2. V. 1000, Sechs Hauptmärkte, Königsl. 25, 5. Kreisabtheitung 5. M. 10.50, Rothe Buchbinderei, Grünstr. 5, 5. V. 50, 6. V. 50, Moland 10, Von Württembergs Van Schonneveld, 3. Von Mitgli. der II. Dr. 1.70, Egypten 1. 11.20, Von den Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“, gesammelt am 1. Mai 50, Hubertolonne Zobrich, Molberg, Strandkloß, durch Berlitzow 8, Hubertolonne Zeiselt 5, Werktätigkeit von Badung 15, 1. 6. 3. 3. Werkoss, Mühlland, 21. V. 2. P. S. 11000, Arbeiter und Arbeiterrinnen der Buchbinderei von M. Badung 15, 2. P. 3. Cigarrenfabrik R. Schulz, Friedrichsfelder Straße 21, 7. Berlin 16, Bern 50, Barth d. Ostsee 5, Wosten, von Holzarbeitern 5, Calusdorf, 2. S. 20, Elsterberg, von den Parteidateien durch Fr. M. 60, Elbersfeld, von den Parteidateien durch den Vertrauensmann 100, Falsterberg (Übersicht), 2. Altenburg, durch den Vertrauensmann 100, Kortz R. L., von den Parteidateien 300, Freiburg i. W., von badischen Parteidateien 50, Friedrichsberg, Monopol-Jahrrad-Werke 30.50, Greiz, Wahlkreis Meus. 2. L. 50, Gera, Wahlkreis Meus. 1. L. 50, Gießen, G. 1. 10, Hamburg, Seiter des „Echo“, halber Tagelohn vom 1. Mai 113, Hohenstein-Ernstthal, durch E. G. 20, Harburg, 17. Hannov. Wahlkreis 500, Hastedt bei Bremen, von Parteidateien 10, Hamburg, im Monat Mai in der Gedenktion des „Echo“ eingegangen 15.15, London, G. A. 2. P. 2. für Kreisfeld aus Lübeck gesammelt 11.12. München, Waldtarfer 5, Menzel, von den Parteidateien 30, Nienstedten, gesammelt unter den im Centralverband organisierten Männern 19.50, Reichenau, ges. von Freig'schen grünen Jungen im Bayerischen Hof 3, Über Langenfelde u. Arbeitern aus dem Entlegebige 100, Ottensen, durch Poulsen 15. Rate 10, Plettenberg, rothe Geburtsstagsfeier 2.35, Pries, von Pries und Umgegend 32.20, Stade, von den Parteidateien durch die Rebaktion der „Nordwacht“ 16.30, Triberg, von den Parteidateien d. d. Betr. 5. Wurzen, aus dem 11. sächs. Wahlkreis d. d. Vertreter A. J. 25, Württemberg 50, Wald bei Solingen, Maister oberer Kreis Solingen 300, Weissenfels, durch H. M. 50. Für den Unterstützungs fonds nach Schluß der Übtauer Sammlung 2. Rate 300.124.

Berlin SW., den 6. Juni 1849.

Für den Parteidateien:

A. Wettich, Kochbachstr. 9.

Waisen, so daß fremde Leute sich heransnehmen dürfen, si zu beschaffen.“

Die gute Frau nahm den Berweis willig hin. „Ach,“ rief sie, „schelte mich, wie Du willst, ich bin doch glücklich, da ich Dich wieder wohlauf finde!“

„Ja,“ sagte Anna mit derselben Ruhe in Stimme und Antlitz, „ich merke es wohl. Ihr habt mich Alle für wahrhaftig gehalten. Ich war es aber nicht, ich mußte nur immer darüber nachdenken, ob mein Taras Recht gehabt. Denn sieh, ich habe ihn ja bisher für den herrlichsten Mann der Erde erachtet, und darum war dieser Drang in mir so heftig, daß alles Andere zurücktreten mußte.“

„Und Du hast doch auch gefunden,“ rief Hriko eifrig, „daß er nicht anders konnte?“

„Ja,“ erwiderte sie, „das habe ich gefunden. Ich sah ein: sein Herz gabt ihm diese That, und sehe ein, er ist ein Mensch, der thun muß, was ihm sein Herz gebietet. Darauf will ich halten, es muß mir gestehen. Denn ob er nun wirklich Recht hat oder nicht, habe ich armes Weib nicht ergründen können. Mein Verstand sagt: „Ja! ja!“ aber mein Herz schreit dazwischen: „Nein! nein!“ Nun das wird sich ja zeigen. Wenn er wirklich im Rechte ist, so wird ihm Gott beistehen und er wird ein Helfer Aller werden. Hat er Unrecht begonnen, so wird ihn Gott verlassen und er wird am Galgen sterben. Aber wie dem auch werden mag, mir bleibt er verloren, meine Kinder haben keinen Vater mehr, und darum muß ich ihnen Vater und Mutter zugleich sein.“

„Und wir Alle werden Dir beistehen“, rief die Popadja.

„So weit es nötig sein wird,“ erwiderte sie mit freundlichem Ernst, „will ich es dankend annehmen.“ Dann wendete sie sich wieder zu den Mägden und Knechten und fuhr fort, ihre Befehle zu ertheilen.

(Fortsetzung folgt.)